

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 8 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckort u. Verwaltung: Prag II, Křižkova 16 • Teleph.: 26703, 31460, Nachdruck. (ab 21 Uhr): 33658 • Postamt: 37544

13. Jahrgang.

Samstag, 17. Juni 1933

Nr. 141.

Tschechoslowakei zahlt 180.000 Silberdollar.

London, 16. Juni. (C.P.A.) Nach Verhandlungen zwischen Washington und der tschechoslowakischen Delegation in London und zwischen London und Prag wurde die Angelegenheit der tschechoslowakischen Anleihe an die Vereinigten Staaten von Amerika in befriedigender Weise gelöst. Die Tschechoslowakei hat auf die Anleihe ihrer amerikanischen Schuld unter ähnlichen rechtlichen und finanziellen Modalitäten wie England, den Betrag von 180.000 Dollar in Silber auf Rechnung der zu erwartenden definitiven Regelung bezahlt.

Die Bezahlung in Silber bedeutet nach dem heutigen Kurs für die Tschechoslowakei ein weiteres Ersparnis von etwa 25 Prozent.

Der tatsächliche Preis einer Unze Silber beträgt heute in Amerika etwa 35 Cent. Die amerikanische Regierung wird aber jetzt Zahlungen in Silber bei einem Werte von 50 Cent für die Unze annehmen, um den Silberhandel zu heben und auch die Bestrebungen zur Hebung der Silbervaluta zu unterstützen. Wer daher unter den gegenwärtigen Verhältnissen seine Geldverpflichtungen an die Regierung der Vereinigten Staaten in Silber begleicht, gewinnt an dem Verhältnis von 35 Cent für welche er das Silber kauft, zu den 50 Cent, für welche er das Silber an die Vereinigten Staaten verkaufen wird. Die Manipulation ist allerdings nichts anderes als eine indirekte Subvention der Silbergruben durch die Vereinigten Staaten.

Statt 144 sind nur 11 Millionen Dollar eingegangen!

Washington, 15. Juni. (Reuter.) Von den heute erwarteten Zahlungen, die einen Gesamtbetrag von 144 Millionen Dollar ausgemacht hätten, sind bisher nur 11.148.592 Dollar eingegangen, u. zw. 10 Millionen aus Großbritannien, eine Million aus Italien und 148.592 Dollar aus Finnland, das als einziger Staat seine schuldige Rate voll bezahlte. Die Zahlungen erfolgten in Silber auf der Basis ein Dollar gleich zwei Unzen Silber.

Der Gipfel der Verlogenheit.

NSDAP leugnet Zusammenhang mit den ausländischen Nazi-Parteien.

Berlin, 16. Juni. Der Stellvertretende Führer der NSDAP Rudolf Heß hat folgende parteiamtliche Bekanntgabe erlassen: „Die Reichsleitung lehnt es grundsätzlich ab, in die innerpolitischen Verhältnisse eines Gebietes außerhalb der deutschen Staatsgrenzen sich einzumischen. (Siehe Oesterreich!) Sie lehnt es demgemäß auch ab, Parteigebilden außerhalb der Grenzen irgend welche Weisungen oder Ratsschlüsse zu geben, selbst wenn diese Parteigebilde der NSDAP entsprechen oder verwandt sind. Daher haben auch keine derartigen Parteiorganisationen das Recht, sich auf die Reichsleitung der NSDAP oder auf eine ihrer Untergliederungen zu berufen, so wenig sie etwa in der Defensivität den falschen Eindruck erwecken dürfen, als ob sie mit der NSDAP in irgend welchem Zusammenhang stehen.“

Wieder Schwarze Reichswehr!

Nürnberg, 15. Juni. In der Nähe von Nürnberg wird seit einiger Zeit ein schwarzes Reichswehrlager unterhalten. Es soll der beste Truppenübungsplatz Deutschlands sein, wie hier behauptet wird. Aufnahme finden nur Stahlhelmer.

Gleichzeitig wird uns aus Sachsen berichtet, daß dort SA und SS durchaus militärisch ausgebildet werden, z. B. mit Maschinengewehrübungen, Bombenversen usw. Ebenso wird uns gemeldet, daß der Arbeitsdienst, der in ständig wachsendem Umfang zwangsweise durchgeführt wird, vollkommen militärisch aufgezogen wird.

England sperrt langfristige Kredite.

London, 16. Juni. (Reuter.) Finanzminister Chamberlain ersuchte die Mitglieder der Wertpapierbörse, vorläufig von der Gewährung langfristiger Anleihen an fremde Staaten abzusehen. Chamberlain ist der Meinung, daß Großbritannien zur Zeit nicht in der Lage sei, größere Summen auf langfristige Kredite an das Ausland abzugeben.

Goerings Ober-Spitzel in der Tschechoslowakei!

Was will der Chef der Geheimen Staatspolizei bei uns?

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat sich der Chef der von Goering eingesetzten und besonders betreuten Geheimen Staatspolizei vor einigen Tagen in Prag aufgehalten. Er begab sich dann nach Karlsbad, wo er sich jetzt noch befindet. Herr Oberregierungsrat Diehls ist offenbar in besonderer Mission in der Tschechoslowakei, denn in seiner Begleitung befinden sich der Kreiskommissär Seiszig, der den Fall „Ban der Lubbe“ „betreut“ und der Regierungsrat Richter-Prora, der als die rechte Hand des verhaftigten Diehls und als der Urheber aller amtlichen Gewalttaten des Dilleregimes bekannt ist.

Es ist übrigens nicht das erstmal, daß Diehls die Tschechoslowakei mit seinem Besuche beehrt. Auch vor etwa zwei Monaten weilte er schon einmal in Prag.

Wir fragen: Was hat der Herr Oberregierungsrat Diehls mit seiner Kumpanei in der Tschechoslowakei zu suchen?

Weitere Nazi-Verhaftungen in Wien. Und weitere Terrorakte in der Provinz.

Wien, 16. Juni. Gestern wurden von der Bundespolizeidirektion in Wien im Zusammenhang mit den zur Aufklärung der letzten Bombenattentate und sonst verübten Terrorakte und Gewalttätigkeiten anhängigen Amtshandlungen insgesamt 41 nationalsozialistische Parteigänger verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert. Des Weiteren befinden sich 29 nationalsozialistische Parteigänger ausländischer Staatszugehörigkeit, darunter 16 Deutsche und acht tschechoslowakische Staatsbürger, im Gefängnis der Bundespolizeidirektion in Schuchgasse. Gegen sie wird das Abschaffungsverfahren durchgeführt.

In der österreichischen Provinz ereigneten sich gestern abends wiederum kleinere nationalsozialistische Ausschreitungen. Die lokale Polizei und die Gendarmen konnten die Demonstrationen im Keime ersticken.

So ereignete sich in Märzjuschlag heute um Mitternacht im Gebäude der dortigen Gendarmestation eine Explosion. Unbekannte Täter hatten vor dem Eingang in die Wohnung des Gendarmereisendanten einen Explosivkörper gelegt. Durch die Explosion wurde in der Wohnung des Beamten großer Materialschaden angerichtet. Glücklicherweise war zur Zeit der Explosion in der Wohnung niemand anwesend, so daß kein Unfall zu beklagen ist.

In Korneuburg wurden heute drei junge Männer unter dem Verdacht verhaftet,

auf die dortige Albrechtstafel, in welcher gegenwärtig die Hilfspolizei untergebracht ist, einen Bombenanschlag geplant zu haben.

In Gmünd wurde gestern nachmittags von den Nationalsozialisten die Fronleichnamspzession gefordert. Gendarmerie mußte mit aufgepflanztem Bajonett und blankem Säbel eingreifen; auf dem Hauptplatz der Stadt wurden spanische Reiter aufgestellt. Es ereignete sich zum erstenmal, daß in Oesterreich eine Fronleichnamspzession unter derartigen Begleitumständen vor sich ging.

Handgemenge im niederösterreichischen Landtag.

Im niederösterreichischen Landtag kam es heute zu heftigen Zusammenstößen zwischen Hakenkreuzlern auf der einen und Christlichsozialen und Sozialdemokraten auf der anderen Seite. Der nationalsozialistische Abgeordnete Rentmeister hatte in einer Replik erklärt, er lasse „seinen Führer“ nicht beleidigen. Die Christlichsozialen verlangten zu wissen, wer denn dieser Führer sei. Darauf erklärte Rentmeister: Mein Führer ist Adolf Hitler, Heil Hitler!

Daraufhin stürzten sich die Christlichsozialen unter Rufen: Hochverräter! Wir sind in Oesterreich! auf den Redner. Es kam zu einem Handgemenge, in das auch die Sozialdemokraten hineingezogen wurden und in dessen Verlauf die Nazis kräftige Prügel erhielten.

Um die Währungsstabilisierung.

London, 16. Juni. Wie das Reuter-Büro meldet, entsprechen die Meldungen, wonach zwischen den britischen, französischen und amerikanischen Sachverständigen ein Abkommen über die Stabilisierung der Währungen erreicht worden sei, nicht den Tatsachen. Die Vertreter der drei Zentralnotenbanken und Finanzministerien gelangten auch heute zu keinem Ergebnis. Man hofft, jedoch, daß in den nächsten Tagen eine Übereinkunft erzielt wird.

Das von der Finanz- und Währungskommission der Weltwirtschaftskonferenz eingesetzte Komitee beschloß heute nachmittags, der am Montag stattfindenden Plenarsitzung der Kommission die Bildung zweier Subkomitees zu empfehlen, von denen sich das eine mit sofortigen Maßnahmen zur finanziellen Rekonstruktion und das zweite mit ständigen Maßnahmen befassen würde, deren Ziel die Wiederherstellung des internationalen Währungsstandards sein würde.

Bisher haben insgesamt 41 Länder ihren Beitritt zum Zollwaffenstillstand erklärt. Diese Länder repräsentieren im ganzen etwa 80 Prozent des gesamten Welt Handels.

Um die Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie.

Aus Berlin wird der „Internationalen Information“ geschrieben:

Das Ringen um die neue sozialdemokratische Kampfform in Deutschland hat in der Führung der deutschen Sozialdemokratie zu einem überaus ernsthaften Konflikt geführt. Der Konflikt erscheint äußerlich als ein Streit um die Frage, wer die deutsche Sozialdemokratie führen soll: der Parteivorstand in Prag, oder eine andere Körperschaft in Berlin. Das könnte eine reine Zweckmäßigkeitfrage sein — aber in Wahrheit verbirgt sich dahinter der Streit um die Frage, wie und auf welcher Linie die deutsche Sozialdemokratie kämpfen soll. Es ist ein entscheidender Konflikt um das Wesen der deutschen Sozialdemokratie ausgebrochen. Die Frage: Behauptung der alten Organisation oder Herausbildung einer neuen Kampfform ist zugleich die Frage nach der grundsätzlichen politischen Linie.

Jede Möglichkeit der Beeinflussung des Staatswillens durch politische Parteien in verfassungsmäßig geregelter Form ist in Deutschland zerfallen. Gegen die Despotie gibt es keine parlamentarische oder verfassungsmäßige Opposition, sondern nur die Revolution. Die Sozialdemokratische Partei hat bisher ihre historisch gewordene Macht in der Form der legalen parlamentarischen Partei angewandt. Mit dem Sturz der Demokratie ist diese Form der Machtausübung und der politischen Aktivität unmöglich geworden. Dem Regime ohne wirkliches Parlament und ohne Anerkennung von Staatsbürgerrechten gegenüber sich auf parlamentarische Opposition beschränken zu wollen, würde den Uebergang zu einer Systempartei bedeuten. Die neue Form der Machtausübung der Sozialdemokratischen Partei muß deshalb revolutionär sein. Daß die Sozialdemokratie in den Scheinparlamenten nicht in der Rolle der unverföhnlichen Opposition auftreten kann, ergibt sich aus den Erfahrungen vom 17. Mai. Schon die Andeutung des Versuchs einer eigenen, nicht einmal unverföhnlichen Haltung im Reichstag hat terroristische Morddrohungen hervorgerufen. Als darnach die preussische Landtagsfraktion im Landtag eine zurückhaltende Erklärung abgab und gegen das preussische Ernennungsgesetz stimmte, wurde sie mit wilden Terrordrohungen überschüttet, es wurde ihr bedeutet, sie habe „zu schweigen und sich zu schämen“.

Es gibt keine Parlamente mehr in Deutschland; denn es wird nur noch solches Auftreten von Parlamentarierfraktionen geduldet, das das faschistische System gestattet. Grundsätzliche Opposition und wahrhaftige Kritik sind verboten.

Deshalb muß sich die neue Kampffront den veränderten Kampfbedingungen anpassen. Sie muß die Trägerin einer unbarmherzigen, wahrhaften und enthüllenden Kritik am Wesen des Regimes und seinen Taten sein. Sie muß die offiziellen Lügen zerstören und der Wahrheit Bahn brechen. Sie muß vom sozialistischen Standpunkt aus den reaktionären Charakter des Regimes, seine Verderblichkeit für das ganze Volk aufzeigen. Sie muß die Kräfte der Freiheit und des Rechts aufs neue wecken und fördern. Sie muß das Regime geistig erschüttern und die Massen auf den Sturz des Regimes vorbereiten.

Gegen diese völlige Umstellung aber haben sich Widerstände aus der alten Form heraus erhoben. Daraus ist der Konflikt entstanden, der nun zum öffentlichen Ausbruch gekommen ist.

Der Parteivorstand in Prag hat eine aktive unverföhnliche Propaganda gegen das Regime schnellstens in Gang bringen wollen. Aus Zweckmäßigkeitserwägungen wollte er diese Propaganda von außen her dirigieren. Gegen diese Absicht hat sich heftiger Widerstand aus dem alten Apparat heraus erhoben — aber auch aus den Parlamentsfraktionen, die in der bisherigen Formierung der deutschen Sozialdemokratie stark führend gewirkt haben.

Der Widerstand kommt aus den verschiedensten Motiven. Nebeneinander stehen die Anschauungen, daß der alte Parteivorstand verlagert und deshalb nicht mehr führend tätig sein könne, wie die Meinung, daß der Parteivorstand in Prag viel zu sehr ins revolutionär-aktivistische abgeglitten sei. Seine politische Linie wird von links und von rechts angegriffen.

